Rhesi wird bis Juli 2016 zum konkreten Projekt

Konzept mit «Trittsteinen» statt Varianten: Das Hochwasserschutzprojekt im Rheintal nimmt nach langwierigen Planungen und Diskussionen mit allen Beteiligten Form an.

MARCEL ELSENER

Zehn Jahre ist es her, seit Schweizer und Vorarlberger Regierungsvertreter das Entwicklungskonzept «Alpenrhein» unterzeichneten und die Notwendigkeit eines besseren Hochwasserschutzes im Rheintal feststellten. Fast vier Jahre sind vergangen, seit die Planung für Rhesi angelaufen ist. Und noch immer sind die Konturen dieses Jahrhundertprojekts – Rhesi steht für Rhein-Erholung-Sicherheit – erst ansatzweise erkennbar.

Von Varianten keine Rede mehr

Wer gestern an der Medienkonferenz in Lustenau einen Projektentscheid erwartete, wurde enttäuscht: Von den zwei Varianten mit grösseren oder kleineren Aufweitungen des kanalisierten Rheins, wie 2012 vorgestellt, ist nicht mehr die Rede. Vielmehr spricht Rhesi-Projektleiter Markus Mähr von «Trittstein-Konzepten» für ein «generelles Projekt», die er indes nur «schematisch» visualisierte. Jedenfalls vor den Medien: Wenn der Planungsstand diesen Donnerstag und Freitag an einem Werkstattbericht den Gemeinden und weiteren Interessengruppen erläutert wird, sollen die vier oder fünf «Trittsteine» verortet werden. Zur Begriffsklärung: Trittsteine ermöglichen dem Flusslauf im Abstand von gut fünf Kilometern Sandbänke, Auwälder und weitere ökologische Strukturen in der Landschaft.

Man ist vorsichtiger geworden bei den Rhesi-Leuten in Vorarlberg und St. Gallen. Dies nach der Kritik, die aufgrund der skizzierten Varianten auf die Projektleitung niederprasselte. Wie erwartet von Bauernvertretern, unverhofft heftig aber auch von vielen Gemeindepräsidenten, zumal auf Schweizer Seite. Ihre Sorge gilt vorab der Trinkwasserversorgung und den Brunnen im Rheinvorland. So viel Widerstand hatten die Rhesi-Planer nicht erwartet, und folglich wurden nebst Untersuchungen zum Zustand der Dämme, zu landwirtschaftlichen Flächen und zur Ökologie zusätzliche Abklärungen zum Trinkwasser nötig. Nun sind die Gemüter halbwegs beruhigt, oder wie der St. Galler Kantonsingenieur Urs Kost als Mitglied der Rheinkommission gestern schmunzelnd meinte: «Derzeit herrscht Frieden im Land.» Tatsächlich werden laut Projektleiter Mähr keine Brunnen aufgehoben – respektive diese ersetzt, wenn es aufgrund von Flussaufweitungen im betreffenden Gebiet nicht anders möglich ist.

Ein Hochwasser könnte einen Schaden von sieben Milliarden Franken anrichten.

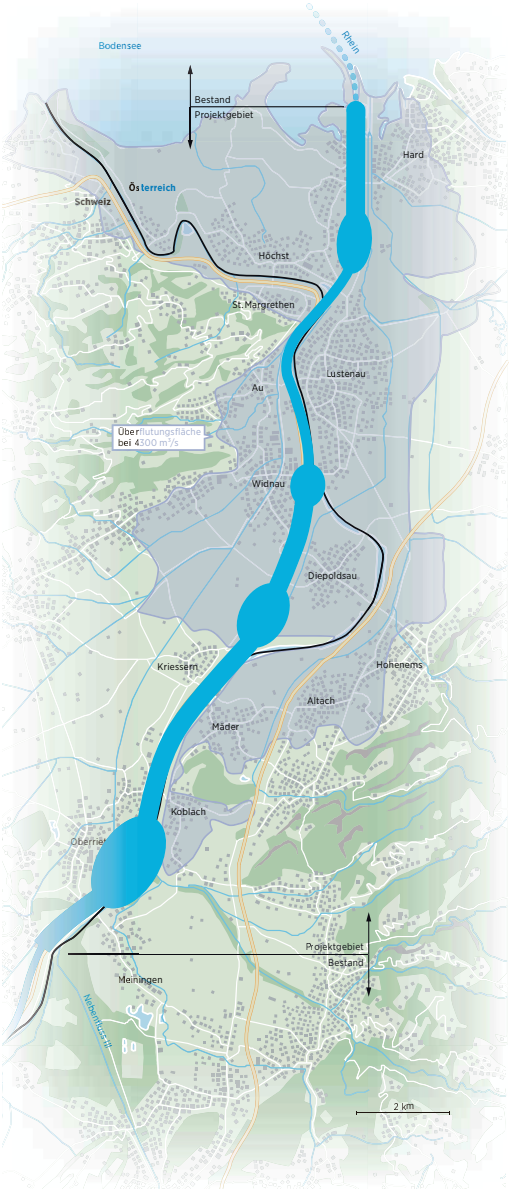
Trinkwasserversorgung erhalten

Das «generelle Projekt» wird nach einer weiteren Vernehmlassung (bis Februar) im Juli 2016 von der Rheinkommission festgelegt. Markus Mähr nennt folgende Anforderungen: Statt Dämme zu erhöhen, wird das Gerinne verbreitert. Die Trinkwasserversorgung wird «in Menge und Qualität» erhalten. Härtefälle in der Landwirtschaft – inoffiziell auf Schweizer Seite fünf bis sechs – sollen abgefedert und die Produktivität gewährleistet werden. Bei einer neu benötigten Gewässerfläche von 520 bis 580 Hektaren – derzeit beträgt sie 210 Hektaren – sind 250 Hektaren landwirtschaftlich genutzte Flächen betroffen. Noch offen sind Dammabrückungen (Frutzmündung, Diepoldsau, Hard-Fussach) und alternative Standorte für Brunnen im Raum Widnau-Höchst. Dort wird bald für mögliche neue Wasserfassungen gebohrt. Aufgrund des langen partizipativen Prozesses – belegt in Zahlen wie 12 500 Einzelkontakten und 200 eingebrachten Anliegen – und etlichen Begleituntersuchungen habe man «sehr gute Grundlagen», sagte Mähr. Jedoch brauche es nun die Kompromissbereitschaft aller Akteure, denn der Konflikt zwischen den Interessen Landwirtschaft, Trinkwasser und Ökologie bleibe bestehen.

Politik drückt aufs Tempo

Die gestrige Präsentation gehörte an erster Stelle der Politik: Der Vorarlberger Landeshauptmann Markus Wallner und der St. Galler Regierungsrat Willi Haag betonten noch einmal die Bedeutung des Hochwasserschutzes für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rheintal. Tenor: Das durch «viele Konflikte und Maximalforderungen» verzögerte Projekt müsse möglichst bald zu einem bewilligungsfähigen Projekt reifen. Dieses bildet die Grundlage für einen neuen vierten Staatsvertrag – und demnach für Bundesgelder aus Bern und Wien.

Wallner will «keine weiteren Ehrenrunden drehen». Und Baudirektor Haag betonte, es sei im Interesse der Bevölkerung, «schnell zu handeln». Beim Linthwerk habe es auch eine jahrelang umstrittene Planung gebraucht, so Haag, «aber irgendwann ist genug mit Geduld und Güte». Welche Schäden Dammbrüche im Rheintal anrichten können, veranschaulicht die Internationale Rheinregulierung mit neuen interaktiven Visualisierungen von Szenarien auf der Website www.rhesi.org. Ein Dreijahrhundert-Hochwasser könnte laut Studien im Rheintal einen Schaden von sechs bis sieben Milliarden Franken verursachen, hiess es gestern.



Quelle: rhesi.org, Grafik: sgt

Bild: Rhesi

Milliardenschäden bei einer Hochwasserkatastrophe: Interaktive Visualisierungen der Internationalen Rheinregulierung veranschaulichen mögliche Szenarien nach einem Dammbruch.